



Gemeinderat

Protokoll Nr. 05/2016

Datum Donnerstag, 23. Juni 2016

Dauer 13:00 - 20:40 Uhr

Anwesend

Präsidentin Tina Gartmann-Albin

Mitglieder	Romano Cahannes	Adrian Meier
	Mario Cortesi (bis 15:45 Uhr)	Dr. Jean-Pierre Menge
	Guido Decurtins	Dr. Hans Martin Meuli
	Stefan Grass	Beath Nay
	Oliver Hohl	Urs Rettich
	Dr. Dominik Infanger	Claudio Senn Meili (bis 19:00 Uhr)
	Dr. Jürg Kappeler	Michael Trepp
	Reto Kühnis	Susanne von Rechenberg-Arber
	Dr. Carla Maissen	Martha Widmer-Spreiter
	Anita Mazzetta	

Stadtrat Stadtpräsident Urs Marti
Stadträtin Doris Caviezel-Hidber
Stadtrat Tom Leibundgut

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder

Entschuldigt Dr. Andri Mengiardi





Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 12. Mai 2016
2. Jahresbericht und Jahresrechnung 2015 IBC Energie Wasser Chur; Kenntnisnahme
3. Geschäftsbericht und Botschaft Jahresrechnung 2015 / GPK-Bericht zur Jahresrechnung 2015
4. Botschaft Masterplan Sport- und Eventanlagen Obere Au; Kenntnisnahme
5. Botschaft Obere Au Fussballplatz Kunstrasen
6. Auftrag Reto Kühnis und Mitunterzeichnende betreffend Churer Sportstätten - Jetzt!; Bericht
7. Botschaft Schulraumplanung der Stadtschule
8. Botschaft Gesamtplanung Schulergänzende Tagesstrukturen
9. Botschaft Neubau Kindertagesstätte (KITA) Montalin
10. Botschaft Modulcontainer Kindertagesstätte (KITA) Daleu
11. Botschaft Ersatz Wärmezeugung Gewerbliche Berufsschule Chur (GBC), Evaluation Wärmeversorgung GBC mit Dreifach-Turnhalle und Schulhaus Daleu
12. Botschaft Teilrevision der Verordnung für die Gewerbliche Berufsschule Chur (GBC)
13. Botschaft Aufhebung Gemeinderatsbeschluss vom 2. November 2000 betreffend Einsitznahme von Stadträten in Kommissionen des Grossen Rates
14. Jahresrechnung 2015 Wohnbaugenossenschaft der Stadt Chur (WSC); Kenntnisnahme
15. Geschäftsbericht 2015 Chur Tourismus; Kenntnisnahme
16. Bericht des Stadtrates zu den hängigen Vorstössen 2016
17. Fragestunde vom 23. Juni 2016 gemäss Art. 61 Geschäftsordnung (bei Bedarf)

1. **Protokoll der Sitzung vom 12. Mai 2016**

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig bei 1 Enthaltung genehmigt.



2. Jahresbericht und Jahresrechnung 2015 IBC Energie Wasser Chur; Kenntnisnahme

Fragen werden gestellt zur Wärmenutzung der Tegra und zum zertifizierten Wasserstrom; in diesem Zusammenhang sei die Restwassersanierung seit 2012 fällig - die Stadt solle Druck machen. Bemerkte wird im Weiteren, dass die IBC eher wenig Lernende beschäftigten und dass im Wärmebereich die Unterscheidung zwischen IBC und der Fernwärme AG nicht strikte gemacht wurde, obschon es sich um zwei Unternehmen handle. Bei der Fernwärme wird die Frage nach der Strategie gestellt.

Der **Stadtpräsident** bittet den Rat, spezifische Fragen zu den IBC jeweils vorgängig einzureichen. Die IBC könnten für das vergangene Jahr ansprechende Zahlen präsentieren; diese verdienten Lob. Die Wärmenutzung der Tegra sei verschiedentlich diskutiert worden, ein solches Unterfangen wäre aber mit sehr hohen Investitionen verbunden. Es brauche deshalb vereinte Kräfte für eine Realisierung (Kanton, Domat/Ems). Was die Lernenden anbelange, so ermuntere er die IBC, sich vermehrt zu engagieren. Beim Erdgas machten die IBC strategische Überlegungen, langfristig wolle man vom Gas wegkommen, verfüge aber über ein dichtes Verteilnetz. Auch hinsichtlich EBRAG seien Gespräche im Gang.

Verwaltungsratspräsident **Schädler** führt aus, die IBC führten bezüglich Niedertemperatur-Netz Gespräche mit Domat/Ems. Bei der Restwassersanierung sei die Gesamtkonzeption Schanfigg weit gediehen und das Konzessionsgesuch eingereicht.

Kenntnisnahme:

Vom Jahresbericht und der Jahresrechnung 2015 der IBC Energie Wasser Chur wird Kenntnis genommen.



3. **Geschäftsbericht und Botschaft Jahresrechnung 2015 / GPK-Bericht zur Jahresrechnung 2015**

Antrag

1. *Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2015 wird genehmigt.*
2. *Die Jahresrechnung 2015 mit*
einem Aufwand von Fr. 236'150'845.--
und einem Ertrag von Fr. 247'678'259.43
sowie einem Gesamtergebnis von Fr. 11'527'414.43
wird genehmigt.
3. *Die Investitionsrechnung 2015 mit Nettoinvestitionen von Fr. 15'267'087.70 wird genehmigt.*

Mit Bericht vom 19. Mai 2016 beantragt die **GPK** ebenfalls Genehmigung der Jahresrechnung 2015 sowie der Nachtragskredite, welche in die Genehmigungskompetenz des Gemeinderates fallen.

GESCHÄFTSBERICHT

(abteilungsweises Vorgehen)

DEPARTEMENT 1

Amt für Telematik

Menge fragt zur neuen Grundbuch-Applikation "Capitastra", ob auch normale Bürger/innen Einblick in die Grundbuchdaten erhielten; Antwort durch den **Stadtpräsidenten**.

Personalamt

Nay stellt im Zusammenhang mit dem Personalbestand den hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten fest und fragt, ob geplant sei, die Pensen zu erhöhen, statt zusätzliches Personal einzustellen. Der **Stadtpräsident** erwidert, dies komme auf die spezifischen Bedürfnisse der Dienststellen an. Besonders bei den Lehrpersonen bestehe ein Interesse, Teilzeit zu arbeiten. Dadurch nehme die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu, und die Stadt be-



komme mehr qualifizierte und motivierte Mitarbeitende. Die Erfahrungen mit diesen Mitarbeitenden seien gut. Auch von den Personalkosten her gesehen sei es eher ein Vorteil.

Immobilien und Bewirtschaftung

Menge stört sich am Gebrauchsleihevertrag zwischen der Stadt und der Schützengesellschaft zur Nutzung der Schiessanlage Rossboden. Die Sportvereine müssten für die Hallenbenützung bezahlen, während die Schützen ihre Infrastruktur gratis nutzen könnten. Der **Stadtpräsident** führt diesen Umstand teilweise auf Investitionen zurück, die durch die Schützenvereine erbracht wurden. Die Stadt habe bei den Verträgen auch nicht über einen grossen Handlungsspielraum verfügt.

DEPARTEMENT 2

Keine Wortmeldungen.

DEPARTEMENT 3

Keine Wortmeldungen.

RECHNUNG / GPK-BERICHT

(Beratung anhand des GPK-Berichts)

Für die Beratung dieses Geschäfts nehmen die Herren **Egger** und **Guidali** von Finanzen und Steuern Einsitz.

GPK-Präsident Cahannes zeigt sich erfreut über den hervorragenden Abschluss. Er zeige, dass die finanziellen Massnahmen griffen. Die Budgetdisziplin sei hervorragend, und die Leistungsoptimierung zahle sich aus. Der Turnaround sei geschafft, man sei aber noch nicht am Ziel. Entscheidend sei der Selbstfinanzierungsgrad, der im Jahr 2015 sehr gut gewesen sei, jedoch seien auch die Investitionen tief gewesen; anzustreben seien zwischen 25 und 30 Mio. Franken jährlich. Diesbezüglich sei man noch lange nicht am Ziel. Die aktuellen Werte müssten unbedingt gehalten und wenn möglich noch verbessert werden. Es gelte deshalb, die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2.0 konsequent weiterzuverfolgen und umzusetzen.



In der kurzen Diskussion wird bemerkt, die ALÜ 1.0 und 2.0 seien lediglich ein Faktor unter vielen. Matchentscheidend seien die hohen Steuereinnahmen, die gute Konjunktur und die nicht ausgeschöpften Investitionen. Erfreulich sei, dass für die Pensionskasse eine Rückstellung habe getätigt werden können.

Auch der **Stadtpräsident** hebt die sehr guten Leistungen des Personals hervor. Es werde allerdings nicht einfacher, wenn die Zahlen gut seien - die Begehrlichkeiten nähmen dann nämlich erfahrungsgemäss zu. Es gelte deshalb anzustreben, bei neuen Ausgaben jeweils alte zu streichen. Natürlich habe beim Rechnungsabschluss auch das Glück des Tüchtigen mitgespielt; so seien etwa die Steuereinnahmen nicht beeinflussbar. Die entscheidende Grösse sei der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen. Es sei denn auch das Ziel des Stadtrates, die Investitionstätigkeit zu erhöhen und nicht Schulden abzubauen. Grosses Potenzial sehe er bei den Finanzerträgen, ein Thema, dem sich das Weissbuch widme.

DETAILBERATUNG

DEPARTEMENT 1

Personalamt

3010.50, Gleitzeitsaldi

Kühnis verweist auf diese Position mit einem Wert von Fr. 141'262.-- und fragt den Stadtrat an, ob er gedenke, Massnahmen zu ergreifen, um diese Saldi zu minimieren.

3099.01, Übriger Personalaufwand

Menge erkundigt sich nach der Beschwerdekommision, die der Stadtrat hinterfragen wolle. Das sehe er nicht ein, denn offensichtlich werde die Kommission gebraucht.

Der **Stadtpräsident** führt zu den Gleitzeitsaldi aus, die Entwicklung werde im Auge behalten, zudem gebe es einen Mechanismus, dass die Stunden bei einem gewissen Wert nicht mehr aufaddierbar seien. Die Guthaben seien durch die Vorgesetzten zu visieren, die Mehrstunden müssten also ausgewiesen sein. Es gebe oftmals Fälle, wo aus betrieblichen Gründen Mehrstunden geleistet werden müssten. Es sei zu bedenken, dass sich die Saldi bei 1'000 Mitarbeitenden in einem normalen Rahmen bewegten. Es werde nicht gelingen, diese auf Null zu bringen. Bei der Beschwerdekommision gebe es nicht viele Fälle, meistens sei bereits eine Kündigung im Gang, und es sei der Eindruck entstanden, dass dann im Rahmen der Kommission noch "schmutzige Wäsche" gewaschen werde. Sehr bewährt



hätten sich hingegen die Vertrauenspersonen, diese würden vieles auffangen. Der Stadtrat wolle die aktuelle Zusammensetzung der Kommission mit städtischen Mitarbeitenden hinterfragen. Es gebe heute erhebliche Mängel, die sich mit dem Grundgedanken der Kommission nicht vereinbaren liessen. Selbst die Kommission hege Zweifel an der Sinnhaftigkeit. Entschieden sei jedoch noch nichts.

Finanzen und Steuern

3800.01, Rückstellungen für Pensionskasse

Nay stört sich daran, dass bereits jetzt Rückstellungen gebildet wurden. **GPK-Präsident Cahannes** merkt an, es handle sich dabei nicht um die Meinung der GPK. Der **Stadtpräsident** verweist auf die Tragweite dieser Rückstellung, die letztlich das Gemeinwesen treffen würde. Hier übe die Stadt durchaus eine Vorreiterfunktion aus.

3120.03, Energie

Frau **Mazzetta** weist darauf hin, dass der Wert deshalb höher sei, weil das Quaderschulhaus während der Renovation nicht enthalten gewesen sei.

DEPARTEMENT 2

Hohl merkt zum Personalaufwand bei den Sozialen Diensten an, wenn stadtweit so gearbeitet würde, wie bei den Sozialen Diensten, würden Mehrausgaben von 8 Mio. Franken resultieren.

DEPARTEMENT 3

Keine Wortmeldungen.

INVESTITIONSRECHNUNG

Keine Wortmeldungen.



NACHTRAGSKREDITLISTE

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2015 wird genehmigt.
2. Die Jahresrechnung 2015 mit
einem Aufwand von Fr. 236'150'845.--
und einem Ertrag von Fr. 247'678'259.43
sowie einem Gesamtergebnis von Fr. 11'527'414.43
wird genehmigt.
3. Die Investitionsrechnung 2015 mit Nettoinvestitionen von Fr. 15'267'087.70 wird genehmigt.
4. Die Liste mit den Nachtragskrediten wird genehmigt.

4. Botschaft Masterplan Sport- und Eventanlagen Obere Au; Kenntnisnahme

Antrag

1. Vom Masterplan "Sport- und Eventanlagen Obere Au", bestehend aus Masterplankarte 1:1'000, Masterplantext und Bericht zum Masterplan, wird Kenntnis genommen.
2. Gestützt auf den Masterplan werden Raumprogramme für die Bereiche "Fussball/Football mit Arena", "Eis/Hochleistungszentrum Sport" und "Hallenbad/Arrival" entwickelt. Dafür wird ein Nachtragskredit von Fr. 300'000.-- bewilligt (Konto 3131.15 "Externe Projektbegleitungen", KST 18.9999, inkl. 8 % MwSt.).

In der Diskussion wird der Erleichterung Ausdruck verliehen, dass es nach der GESAK-Abstimmung nun weitergeht, allerdings lägen noch keine konkreten Projekte, sondern nur



ein Plan vor. Es gelte, später auch die einzelnen Projekte zu unterstützen, denn sonst seien die Planungsgelder wieder verloren. Das modulare Vorgehen sei richtig, zudem sei nun auch die Verknüpfung mit dem "Preisschild" (Steuererhöhung) aufgehoben. Zur Traglufthalle wird bemerkt, diese sei in der Priorisierung etwas weit hinten, bis dann habe diese ihre Lebensdauer längst überschritten. Mit Blick auf die Investitionsplanung wird auf die grosse Summe an geplanten Investitionen verwiesen, die sich allein aufgrund von Projekten im Sport- und im Schulbereich ergeben. Unter Verweis auf die hohen Planungskosten für das GESAK wird bemerkt, es sei erstaunlich wenig davon in den Masterplan eingeflossen. Eine breite Abstützung des Masterplans führe zu einer höheren Akzeptanz; in diesem Zusammenhang wird die Frage nach den Freizeitangeboten gestellt, die einer breiten Bevölkerungsschicht zugutekommen. Die Planungskosten, vorliegend der Nachtragskredit, seien gemessen am Gesamtvolumen der Investition bescheiden. Zur beabsichtigten Public Private-Partnership-Lösung der Eventhalle wird vermerkt, diese werde nicht unter das Submissionsrecht fallen, weshalb sich die Frage stelle, wie eine faire Evaluation der Partner sichergestellt werde.

Der **Stadtpräsident** führt aus, der Masterplan sehe ein Vorgehen in Teilschritten vor, und der Gemeinderat werde jeweils einbezogen. Analog einem Schachbrett habe der Stadtrat geprüft, ob alle "Figuren" Platz hätten; ob diese aus Elfenbein oder aus Holz bestünden, dürfe der Gemeinderat entscheiden. Der Masterplan habe mit dem GESAK nicht mehr viel gemein. Eine Steuererhöhung sei zu dessen Realisierung nicht mehr vorgesehen, weshalb der Stadtrat neue Ertragspositionen gesucht habe, als Stichwort hiezu möge das "Weissbuch" dienen. Auf die Mehrzweckhalle werde verzichtet, ein ähnliches Angebot sei beim Schulhaus Ringstrasse geplant. In der Folge geht der Stadtpräsident im Detail auf die Änderungen zwischen Masterplan und GESAK ein. Beim Masterplan gelte es, Flächen zu gewinnen, was unter anderem durch die Mühlbach-Verlegung möglich sei. Vom Nachtragskredit seien allein Fr. 100'000.-- für Vertiefungsstudien bei den Bäderanlagen vorgesehen. Tennis sei nicht mehr enthalten, ebenso die Kletterhalle, und bei der Parkierung sei aus Platzgründen ein Parkhaus vorgesehen. Damit könne Geld verdient werden, und in der Folge rechnet der Stadtpräsident vor, dass mit den Einnahmen aus den Parkgebühren mit den aktuellen Zinsen Investitionen von 120 Mio. Franken finanziert werden könnten, wenn alle gebührenpflichtig wären. Die Erarbeitung des vorliegenden Masterplans habe Fr. 65'000.-- gekostet, was nicht viel sei, da man auch auf interne Arbeiten zurückgreifen konnte. Im Rahmen der weiteren Planungsarbeiten würden nun die einzelnen Module des Masterplans zueinander in Bezug gesetzt. Der Kanton werde sich an den Planungskosten mit Fr. 75'000.-- beteiligen, was ein sehr positives Signal sei. Die Investitionen könnten ge-



stemmt werden, wenn entsprechende Prioritäten gesetzt würden, dann stünden pro Departement zwischen 8 und 10 Millionen Franken jährlich zur Verfügung. Das Thema Tragluft-halle werde im Rahmen des Projekts "Bäderwelten" vertieft. Vorliegend sei eine Art Areal-plan erarbeitet worden, zwar nicht im baurechtlichen Sinn, jedoch biete er maximale Flexibi-lität für die Zukunft. Die verschiedenen Freizeitangebote dürften nicht gegeneinander aus-gespielt werden, doch habe man aufgrund der GESAK-Abstimmung die Prioritäten auf Eis und Fussball gelegt. Die Kosten seien rein indikativ zu verstehen, es komme letztlich darauf an, was der Gemeinderat bestelle, er könne also Akzente setzen. Beim Parkhaus würden sich viele Anbieter für eine Public Private Partnership bewerben, zu denken sei auch an die städtische Beteiligung bei der Parkhaus Chur AG. Dieses Vorgehen werde die Investitions-rechnung der Stadt entlasten.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Vom Masterplan "Sport- und Eventanlagen Obere Au", bestehend aus Masterplankarte 1:1'000, Masterplantext und Bericht zum Masterplan, wird Kenntnis genommen.
2. Gestützt auf den Masterplan werden Raumprogramme für die Bereiche "Fussball/ Football mit Arena", "Eis/Hochleistungszentrum Sport" und "Hallenbad/Arrival" entwi-kelt. Dafür wird mit 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen ein Nachtragskredit von Fr. 300'000.-- bewilligt (Konto 3131.15 "Externe Projektbegleitungen", KST 18.9999, inkl. 8 % MwSt.).

5. Botschaft Obere Au Fussballplatz Kunstrasen

Antrag

1. *Das Projekt "Obere Au, Fussballplatz Kunstrasen" wird genehmigt und ein Kredit von Fr. 2'490'000.-- inkl. MwSt. bewilligt (Konto 28.5030.046, +/- 10 % Kostengenauigkeit, Kostenstand Mai 2016).*
2. *Ziffer 1 dieses Beschlusses untersteht gestützt auf Art. 12 Abs. 1 lit. b der Stadtverfas-sung dem fakultativen Referendum.*



Das Geschäft ist sachlich unbestritten. Wortmeldungen von **Infanger**, Frau **Mazzetta**, Frau **Widmer-Spreiter**, **Grass**, **Kühnis** und **Rettich**.

Der **Stadtpräsident** spricht zur Beleuchtung, wo zwei verschiedene Techniken offeriert worden seien. Innert eines Jahres hätten zudem Kosten von rund 0.5 Mio. Franken eingespart werden können.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig wie folgt zum Beschluss erhoben:

Das Projekt "Obere Au, Fussballplatz Kunstrasen" wird genehmigt und ein Kredit von Fr. 2'490'000.-- inkl. MwSt. bewilligt (Konto 28.5030.046, +/- 10 % Kostengenauigkeit, Kostenstand Mai 2016).

6. Auftrag Reto Kühnis und Mitunterzeichnende betreffend Churer Sportstätten - Jetzt!; Bericht

Antrag

Der Auftrag sei im Sinne der Erwägungen zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

Wortmeldung von **Kühnis**.

Abstimmung:

Der Auftrag wird einstimmig im Sinne der Erwägungen überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.



7. Botschaft Schulraumplanung der Stadtschule

Antrag

1. *Das Konzept zur Schulraumplanung der Stadtschule Chur gemäss Bericht zur strategischen Schulraumplanung der Stadt Chur vom 10. Mai 2016 wird genehmigt und die Schulraumplanung ist auf der Basis dieses Konzepts voranzutreiben.*
2. *Der Finanzbedarf zur Schulraumplanung der Stadtschule Chur wird zur Kenntnis genommen und ist in die Budgetplanung aufzunehmen.*

Das Konzept wird gut aufgenommen und ist sachlich unbestritten. Fragen werden gestellt zu den Turnhallen des Schulhauses Ringstrasse, zur Zukunft des Jugendtreffs Stadtbaugarten, zum Einbezug des Gemeinderates bei einer allfälligen Schliessung des Schulhauses Nikolai, zur Bedeutung der Gruppenräume und zur Lage eines allfälligen Schulhauses Chur West. Zu den Kosten wird bemerkt, es zeichne sich ein Kampf um Investitionsgelder ab, dabei dürfe die Schule nicht zu kurz kommen. Darauf wird erwidert, man müsse einfach den Stadtfinanzen Sorge tragen, dann komme niemand zu kurz.

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber zeigt auf, dass der Bedarf mit vier zusätzlichen Turnhallen sowohl für die Schule als auch für die Vereine gut abgedeckt ist. Der Bau des Schulhauses Ringstrasse habe 1. Priorität, eine allfällige Aufhebung des Schulhauses Nikolai werde im Rahmen der Botschaft zum Kasernenareal dem Gemeinderat unterbreitet. Der Bedarf an Gruppenräumen sei eine Folge veränderter Unterrichtsformen. Für einen neuen Standort der Jugendarbeit seien weitere Abklärungen nötig.

Der **Stadtpräsident** ergänzt, ein Bedarf für ein Schulhaus Chur West könnte sich mittelfristig ergeben, doch würde ein solches nicht im Quartier Chur West entstehen, sondern in der Mitte der Kasernenstrasse, wo der Stadtrat eine Verlegung der Kaserne auf den Rossboden anstrebe.

- **Antrag Meuli**

"Vom Konzept Schulraumplanung sei Kenntnis zu nehmen (anstelle zu genehmigen)."

Abstimmung:

In der Gegenüberstellung mit dem Antrag des Stadtrates entfallen auf den Antrag Meuli 14 Stimmen, auf denjenigen des Stadtrates 4 Stimmen bei 1 Enthaltung.

**Kenntnisnahme:**

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Vom Konzept zur Schulraumplanung der Stadtschule Chur gemäss Bericht zur strategischen Schulraumplanung der Stadt Chur vom 10. Mai 2016 wird Kenntnis genommen und die Schulraumplanung ist auf der Basis dieses Konzepts voranzutreiben.
2. Der Finanzbedarf zur Schulraumplanung der Stadtschule Chur wird zur Kenntnis genommen und ist in die Budgetplanung aufzunehmen.

8. Botschaft Gesamtplanung Schulergänzende Tagesstrukturen**Antrag**

1. *Die Gesamtplanung Schulergänzende Tagesstrukturen wird zur Kenntnis genommen.*
2. *Die Investitionsplanung wird zur Kenntnis genommen.*
3. *Der Auftrag FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend "Umsetzungsstrategie der Kindertagesstätten in Chur" wird als erledigt abgeschrieben.*

Das Geschäft wird gut aufgenommen und ist sachlich unbestritten. Kritisch wird bemerkt, es seien keine neuen Erkenntnisse zutage getreten, weshalb sich die Frage stelle, was die Erarbeitung des Berichts gekostet habe. Aufgrund der hohen und zunehmenden Bedeutung der Kindertagesstätten wird die Gesamtschau aber auch gelobt; nun lägen die Fakten auf dem Tisch und es gelte, die Infrastrukturen pragmatisch und kostengünstig umzusetzen. Die Hochrechnungen der Betriebskosten werden als plausibel bezeichnet. Es gelte, weitere acht Kindertagesstätten bis 2019 in Betrieb zu nehmen, damit von der Anschubfinanzierung des Bundes profitiert werden könne.

Stadträtin Caviezel-Hidber führt zu den Kosten des Berichts aus, diese seien nicht erhoben worden, die Mehrkosten seien personeller Natur. Eine mögliche Zentralisierung sei parallel zur Schulraumplanung angeschaut und verworfen worden. Dies, weil Synergien verlor-



ren gingen und die möglichen Standorte zu knapp bemessen seien für grössere Einheiten. Bereits heute würden zwei bis drei Schulhäuser durch die gleiche Kindertagesstätte bedient. Um die Kosten im Griff zu behalten, werde bereits heute nicht für Spitzenbelastungen geplant, sondern für durchschnittliche Belegungen. Man werde darauf achten, die neuen Gruppen bis ins Jahr 2019 zu eröffnen, um von den Bundesgeldern profitieren zu können. Der erfreulich hohe Kostendeckungsgrad habe einerseits mit den höheren Tarifen und andererseits mit der hohen Auslastung zu tun.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Von der Gesamtplanung Schulergänzende Tagesstrukturen wird Kenntnis genommen.
2. Von der Investitionsplanung wird Kenntnis genommen.
3. Der Auftrag FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend "Umsetzungsstrategie der Kindertagesstätten in Chur" wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.

9. Botschaft Neubau Kindertagesstätte (KITA) Montalin

Antrag

1. *Für das Projekt Neubau Kindertagesstätte (KITA) Montalin wird ein Bruttokredit von Fr. 2'690'000.-- (inkl. MwSt., Kostenstand April 2016, Genauigkeit +/- 10 %, Konto 5040.01, Kostenstelle 55.9010 "KITA Montalin", Fr. 800'000.-- als Nachtragskredit im 2016, Fr. 1'890'000.-- im Budget 2017) genehmigt.*
2. *Der Kredit untersteht, gestützt auf Art. 12 Abs. 1 lit. b Stadtverfassung, dem fakultativen Referendum.*

Die Meinungen zur Vorlage gehen auseinander. Sie wird zum einen als durchdacht, logisch, und zweckdienlich bezeichnet. Von bürgerlicher Seite wird der Widerspruch zur letzten Version der Botschaft kritisiert. So seien die Kosten gestiegen, obschon das Projekt identisch sei. Auch seien die Normkosten von Fr. 900'000.-- pro Gruppe deutlich übertroffen.



- **Antrag Meuli**

"Für das Projekt Neubau Kindertagesstätte (Kita) Montalin wird ein Bruttokredit von Fr. 1'800'000.-- (inkl. MwSt, Kostenstand April 2016, Genauigkeit +/- 10 %, Konto 5040.01, Kostenstelle 55.9010 "Kita Montalin", Fr. 800'000.-- als Nachtragskredit im 2016, Fr. 1'000'000.-- im Budget 2017) genehmigt."

Der Antrag ist umstritten. Dafür wird argumentiert, der Quadratmeter-Preis sei aufgrund von Vergleichswerten zu hoch. Es werde in der Öffentlichkeit heissen, für das Loë-Quartier baue man eine Luxuslösung. Es handle sich zudem nicht um eine komplexe Baute. Kostentreibend wirke der Besteller mit seinen Wünschen. Es sei zudem unverständlich, dass die Kosten nicht überprüft worden seien, nachdem diese bei der ersten Behandlung im Rat kritisiert worden seien. Gegen den Antrag wird argumentiert, es sei unseriös zu sagen, man gebe 1.8 Mio. Franken, und dann los. Bei Neubauten der Stadt gelte zudem Minergie-P als Standard, und als Energiestadt müsse die Stadt konsequent sein.

Stadtrat Leibundgut führt aus, es sei vom Gemeinderat ein Modulbau Rheinau für 1.7 Mio. Franken beschlossen worden, was deutlich mache, dass eine Festbaute zu 1.8 Mio. Franken nicht möglich sei. Zu bedenken sei, dass der Lebenszyklus des Modulbaus deutlich kürzer sei als jener einer Festbaute. Die Reserve rühre daher, dass für das Projekt bei der ersten Behandlung konkrete Offerten vorgelegen hätten, weshalb keine Reserve nötig gewesen sei. Der Quadratmeterpreis berechne sich anhand der nutzbaren Fläche ohne Erschliessungsfläche, wobei zu sagen sei, dass es vorliegend gar keine Erschliessungsflächen gebe. Die Planung habe Fr. 200'000.-- gekostet, und es liege ein baureifes Projekt vor. Die Vorgabe von 1.8 Mio. Franken führe zu einem neuen Projekt. Wenn schon, sei das Geschäft zurückzuweisen mit einem Auftrag, die Kosten zu senken.

Nach einer Beratungspause **zieht Meuli** seinen Antrag **zurück**.

- **Antrag Hohl**

"Der Stadtrat wird beauftragt, den KV für das Projekt gemäss Ziff. 1 vor Baubeginn um 20 % zu senken."

**Abstimmung:**

In der Gegenüberstellung mit dem stadträtlichen Antrag entfallen auf den Antrag Hohl 18 Stimmen, auf denjenigen des Stadtrates 1 Stimme.

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Für das Projekt Neubau Kindertagesstätte (KITA) Montalin wird ein Bruttokredit von Fr. 2'690'000.-- (inkl. MwSt., Kostenstand April 2016, Genauigkeit +/- 10 %, Konto 5040.01, Kostenstelle 55.9010 "KITA Montalin", Fr. 800'000.-- als Nachtragskredit im 2016, Fr. 1'890'000.-- im Budget 2017) genehmigt.
2. Der Stadtrat wird beauftragt, den Kostenvoranschlag für das Projekt gemäss Ziff. 1 vor Baubeginn um 20 % zu senken.

10. Botschaft Modulcontainer Kindertagesstätte (KITA) Daleu**Antrag**

Für das Projekt Kindertagesstätte (KITA) Daleu, Modulcontainer, wird ein Bruttokredit von Fr. 375'000.-- (inkl. MwSt., Kostenstand April 2016, Genauigkeit +/- 10 %, Konto 5040.01, Kostenstelle 55.9010 "KITA Daleu, Modulcontainer") als Nachtragskredit genehmigt.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig wie folgt zum Beschluss erhoben:

Für das Projekt Kindertagesstätte (KITA) Daleu, Modulcontainer, wird ein Bruttokredit von Fr. 375'000.-- (inkl. MwSt., Kostenstand April 2016, Genauigkeit +/- 10 %, Konto 5040.01, Kostenstelle 55.9010 "KITA Daleu, Modulcontainer") als Nachtragskredit genehmigt.



11. Botschaft Ersatz Wärmeerzeugung Gewerbliche Berufsschule Chur (GBC), Evaluation Wärmeversorgung GBC mit Dreifach-Turnhalle und Schulhaus Daleu

Antrag

1. Für die Wärmeversorgung der Gewerblichen Berufsschule Chur (GBC) mit Dreifach-Turnhalle, Gebäude ex. Berufswahlschule (BWS), Schulhaus Daleu und Turnhalle wird die Variante Holzsplitheizung umgesetzt.
2. Mit der Firma ADEV wird ein Wärme-Contracting Vertrag zur Projektierung, Realisierung und Betrieb einer Wärmeversorgung mit Holzsplit abgeschlossen.

- **Antrag** Hohl

"Der Stadtrat unterbreitet dem Gemeinderat eine Botschaft, in welcher er der Umsetzung der Holzsplitheizung mittels einem 33-jährigen Contracting die Variante "Investition und Betrieb durch die Stadt Chur" gegenüberstellt."

Die ökologischen Vorteile der beantragten Variante Holzsplit werden anerkannt, die Diskussion dreht sich mehr um die Art und Weise, wie die Anlage betrieben werden soll. Das langjährige Contracting stösst auf Kritik. Unklarheiten bestehen zudem bei den Nettoerträgen, die für die Stadt aus dem Verkauf der Holzsplit resultieren. Als Nachteil der Holzsplitheizung werden die Feinstaubemissionen bezeichnet, dagegen wird eingewendet, diese liessen sich technisch eindämmen; der Löwenanteil des Feinstaubes stamme vom motorisierten Verkehr.

Der **Stadtpräsident** führt aus, die Contracting-Variante der IBC habe sich als zu teuer erwiesen, weshalb, sei nicht näher untersucht worden. Mittlerweile habe man eine preisliche Äquivalenz der beiden Varianten herstellen können. Der Vorteil des Contractings sei, dass es umfassend sei und das Risiko überproportional mehr absichere. Der Stadtpräsident erläutert sodann die in der Botschaft enthaltene Vergleichsmatrix der Varianten. Im Falle eines Scheiterns des Contractors hätte die Stadt das Vorkaufsrecht an der Anlage. Da der Kanton die Investition nicht budgetiert habe, könnten diesbezüglich Probleme entstehen; hier gebe das Contracting mehr Sicherheit, da dieses mit dem Kanton vereinbart sei. Was die Erträge aus dem Holzsplitverkauf anbelange, so verblieben bei der Stadt Fr. 10'000.--. Zum Antrag: Es werde nicht einfach sein, ein 33-jähriges Contracting einer



Gasheizung gegenüberzustellen, die während der Vertragsdauer mehrmals ersetzt werden müsse; hinzu komme das Risiko der Preisentwicklung beim Gas, welches grösser sei als jenes bei den Schnitzeln.

Abstimmung:

In einer Gegenüberstellung zum Antrag des Stadtrates entfallen auf den Antrag Hohl 15 Stimmen, auf denjenigen des Stadtrates 2 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Für die Wärmeversorgung der Gewerblichen Berufsschule Chur (GBC) mit Dreifach-Turnhalle, Gebäude ex. Berufswahlschule (BWS), Schulhaus Daleu und Turnhalle wird die Variante Holzschneitzelheizung umgesetzt (14 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung).
2. Der Stadtrat unterbreitet dem Gemeinderat eine Botschaft, in welcher er der Umsetzung der Holzschneitzelheizung mittels einem 33-jährigen Contracting die Variante "Investition und Betrieb durch die Stadt Chur" gegenüberstellt (15 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung).

12. Botschaft Teilrevision der Verordnung für die Gewerbliche Berufsschule Chur (GBC)

Antrag

Die Teilrevision der Verordnung für die Gewerbliche Berufsschule Chur (GBC) (RB 751) wird genehmigt.

Da **Trepp** Mitglied des Berufsschulrats der GBC ist, tritt er in den **Ausstand** und verlässt den Saal.



EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Art 4, Zusammensetzung (Berufsschulrat)

- **Antrag Menge**

"Art. 4 Abs. 1 1. Satz sei in seiner ursprünglichen Fassung zu belassen."

Menge begründet seinen Antrag damit, dass die beantragte Formulierung politische Diskussionen auslösen werde.

Stadträtin Caviezel-Hidber begründet die neue Formulierung mit zusätzlicher Flexibilität, da es schwierig sei, geeignete Personen zu finden. Die Formulierung lasse dem Gemeinderat zudem alle Freiheit.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 10 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig wie folgt zum Beschluss erhoben:

Die Teilrevision der Verordnung für die Gewerbliche Berufsschule Chur (GBC) (RB 751) wird genehmigt.



13. Botschaft Aufhebung Gemeinderatsbeschluss vom 2. November 2000 betreffend Einsitznahme von Stadträten in Kommissionen des Grossen Rates

Antrag

Der Gemeinderatsbeschluss vom 2. November 2000 betreffend Einsitznahme von Stadträten, die auch als Grossrat gewählt sind, in Kommissionen des Grossen Rates, wird aufgehoben.

Wortmeldungen von **Menge, Meier, Cahannes, Hohl** und **Stadtpräsident**.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig wie folgt zum Beschluss erhoben:

Der Gemeinderatsbeschluss vom 2. November 2000 betreffend Einsitznahme von Stadträten, die auch als Grossrat gewählt sind, in Kommissionen des Grossen Rates, wird aufgehoben.

14. Jahresrechnung 2015 Wohnbaugenossenschaft der Stadt Chur (WSC); Kenntnisnahme

Die Fragen von **Decurtins** und **Meier** werden durch den **Stadtpräsidenten** beantwortet.

Kenntnisnahme:

Von der Jahresrechnung 2015 der Wohnbaugenossenschaft der Stadt Chur (WSC) wird Kenntnis genommen.



15. Geschäftsbericht 2015 Chur Tourismus; Kenntnisnahme

Wortmeldungen von **Hohl**, **Stadtrat Leibundgut** sowie **Stadtpräsident**.

Kenntnisnahme:

Vom Geschäftsbericht 2015 inkl. Reporting von Chur Tourismus wird Kenntnis genommen.

16. Bericht des Stadtrates zu den hängigen Vorstössen 2016

Antrag

Der Stadtrat beantragt, folgende Vorstösse als erledigt abzuschreiben:

- *Auftrag BDP-Fraktion und CVP-Fraktion betreffend Ausarbeitung des Projektes Schulhaus Ringstrasse*
- *Postulat Fopp betreffend "Skateanlage".*

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung:

Folgende Vorstösse werden einstimmig als erledigt abgeschrieben:

- Auftrag BDP-Fraktion und CVP-Fraktion betreffend Ausarbeitung des Projektes Schulhaus Ringstrasse
- Postulat Fopp betreffend "Skateanlage".



17. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung

Die Fragen von Gemeinderat Guido **Decurtins** (SP) betreffend Alter Forstwerkhof/Inventx AG werden durch den **Stadtpräsidenten** beantwortet.

Eingang parlamentarischer Vorstösse

Die **Gemeinderatspräsidentin** gibt den Eingang der folgenden parlamentarischen Vorstösse bekannt:

- Auftrag FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend getrennte Stadtrats- und Gemeinderatswahlen in Chur
- Auftrag SP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Klärung der Lohnreihung für das Personal der Stadt Chur
- Auftrag FDP-Fraktion betreffend Bautätigkeiten der Stadt Chur

Chur, 5. Juli 2016

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder

Auftrag der FDP Chur betreffend getrennte Stadtrats- und Gemeinderatswahlen in Chur

Gemäss Art. 13 des Gesetzes über die Politischen Rechte in der Stadt Chur finden die Wahlen des Stadtrates und des Gemeinderates mindestens drei Monate vor Ablauf der Amtsperiode am gleichen Datum statt. Die FDP beauftragt den Stadtrat, das Gesetz über die Politischen Rechte derart anzupassen, dass die Stadtrats- und Gemeinderatswahlen künftig wieder getrennt stattfinden, wie dies bis Ende 2007 der Fall war. Das Abstimmungs- und Wahlwochenende vom 5. Juni 2016 zeigte, dass die Übersicht bei den Wahlen des Stadtrates und des Gemeinderates verloren geht – insbesondere dann, wenn neben diesen Wahlen auch zahlreiche Abstimmungen durchgeführt werden.

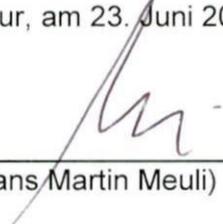
Zu diesem Zweck ist Art. 13 des Gesetzes über die politischen Rechte in der Stadt Chur wie folgt anzupassen:

„Die Wahlen des Stadtrates und des Gemeinderates werden getrennt durchgeführt. Sie finden mindestens drei Monate vor Ablauf der Amtsperiode in der Regel an eidgenössischen Abstimmungsterminen statt. Die Exekutive wird im ersten Halbjahr, und die Legislative wird im zweiten Halbjahr gewählt. Der Stadtrat setzt den Wahltermin fest und publiziert diesen im Amtsblatt.“

Zudem ist bei den Stadtratswahlen zu prüfen, ob die Kandidatinnen und Kandidaten künftig auf dem Wahlzettel aufgeführt werden sollen.

Die FDP Chur ist fest davon überzeugt, mit diesen beiden Massnahmen einen Beitrag zur Steigerung der Wahlbeteiligung und damit auch zur Stärkung der Demokratie zu leisten.

Chur, am 23. Juni 2016


 (Hans Martin Meuli)


 (Andri Mengiardi)

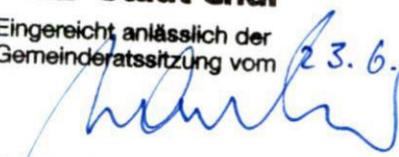

 (Dominik Infanger)



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
 Gemeinderatssitzung vom

23.6.16


 Markus Frauenfelder, Stadtschreiber



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

 Auftrag

 Interpellation

Titel _____

 Erster-
zeichnende/r
(ankreuzen)

Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
Cahannes Romano	CVP		
Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP		
Decurtins Guido	SP		
Gartmann-Albin Tina	SP		
Grass Stefan, Ing. HTL	SP		
Hohl Oliver	BDP		
Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		
Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP		
Kühnis Reto	CVP		
Maissen Carla, Dr. med.	CVP		
Mazzetta Anita	Freie Liste Verda		
Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		
Menge Jean-Pierre, Dr. iur.	SP		
Mengiardi Andri, Dr. iur.	FDP		
Meuli Hans Martin, Dr.	FDP		
Nay Beath	unabhängig		
Rettich Urs	SVP		
Senn Meili Claudio	SP		
Trepp Michael	Freie Liste Verda		
von Rechenberg Susanne	BDP		
Widmer-Spreiter Martha	BDP		

Datum: _____

SP-Fraktion
Gemeinderat Chur



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom 23.6.16

Markus Frauenfelder, Stadtschreiber



**Auftrag betreffend
Klärung der Lohneinreihung für das Personal der Stadt Chur**

Mit über 60% Stimmenanteil hat die Churer Stimmbevölkerung die Initiative „200'000 Franken Jahresgehalt sind genug“ deutlich angenommen.

Das Initiativbegehren richtet sich ganz konkret auf die Löhne des Stadtrates. Weder durch die Initianten noch in der Botschaft des Stadtrates wurden die Löhne des städtischen Personals in Frage gestellt. Auch in der Gemeinderatssitzung wurde einzig auf die technische Verknüpfung gemäss Verordnung RB 205 hingewiesen („Der Stadtratslohn beträgt 110% des Maximums der höchsten Gehaltsklasse“) sowie auf die Tatsache, dass der Faktor der Lohnspanne lediglich 1:4 beträgt.

Es darf also festgehalten werden: Die Löhne des städtischen Personals sind heute unbestritten. Der klare Volksentscheid ist deshalb so umzusetzen, dass die Löhne des städtischen Personals nicht tangiert werden.

Aus diesen Gründen beauftragen die Unterzeichnenden den Stadtrat:

1. Die Einbettung der Stadtratslöhne in das städtische Lohnsystem ist aufzuheben.
Entsprechend ist Absatz 1 des Beschlusses 205 vom 29. April 2004 „Gehälter der Mitglieder des Stadtrates“ zu streichen, respektive gemäss Initiativbegehren anzupassen.
2. Der aktuelle Einreihungsplan für die Angestellten und die Lehrpersonen der Stadt Chur (siehe Art. 7 Einreihungsplan, RB 201) bleibt bestehen und wird wie bisher weiter geführt.

Chur, den 23. Juni 2016

Für die SP-Fraktion des Gemeinderates
Guido Decurtins



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

 Auftrag

 Interpellation

 Titel Klärung der Lohnentwicklung für das Personal

 Erstunter-
zeichnende/r
(ankreuzen)

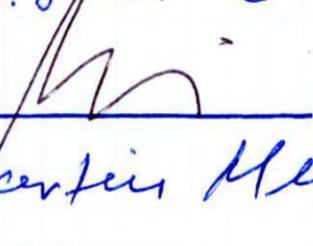
	Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
<input type="checkbox"/>	Cahannes Romano	CVP		
<input type="checkbox"/>	Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP	el	
<input checked="" type="checkbox"/>	Decurtins Guido	SP		Guido
<input type="checkbox"/>	Gartmann-Albin Tina	SP		T.G. Albin
<input type="checkbox"/>	Grass Stefan, Ing. HTL	SP		Stefan Grass
<input type="checkbox"/>	Hohl Oliver	BDP		
<input type="checkbox"/>	Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		
<input type="checkbox"/>	Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP	Jürg	
<input type="checkbox"/>	Kühnis Reto	CVP	Reto	
<input type="checkbox"/>	Maissen Carla, Dr. med.	CVP	Ma	
<input type="checkbox"/>	Mazzetta Anita	Freie Liste Verda	An	Anita
<input type="checkbox"/>	Meier Adrian J.	Freie Liste Verda	AW	
<input type="checkbox"/>	Menge Jean-Pierre, Dr. iur.	SP		J.P. Menge
<input type="checkbox"/>	Mengiardi Andri, Dr. iur.	FDP		
<input type="checkbox"/>	Meuli Hans Martin, Dr.	FDP	Hans	
<input type="checkbox"/>	Nay Beath	SVP	Beath	
<input type="checkbox"/>	Rettich Urs	SVP	Urs	
<input type="checkbox"/>	Senn Meili Claudio	SP		Meili Senn
<input type="checkbox"/>	Trepp Michael	Freie Liste Verda		Michael Trepp
<input type="checkbox"/>	von Rechenberg Susanne	BDP	S.v.R.	
<input type="checkbox"/>	Widmer-Spreiter Martha	BDP	Martha	

 Datum: 23. 6. 2016

Auftrag FDP Chur *

Der Stadtrat wird beauftragt,
für Bautätigkeiten der Stadt Chur
ein normiertes Vorgehen zu er-
arbeiten, welches insbesondere
die Budgetierung als Grundlage für
die Planung vorsieht. Das Norm-
vorgehen ist dem Gemeinderat
zur Kenntnis zu bringen.

Chur, 23. Juni '16


(Hans Martin Meuli)

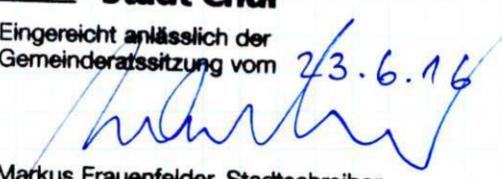

(Dominik Lutzinger)



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom

23.6.16


Markus Frauenfelder, Stadtschreiber

Bautätigkeiten der Stadt Chur

* betreffend Bautätigkeiten der
Stadt Chur